

Seite: ZOS2
Ressort: MAZ/LR_ZOSSEN/AKT_SEITEN
Rubrik: Zossener Rundschau
Ausgabe: Zossener Rundschau

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 150.060 (gedruckt) 136.147 (verkauft)
137.196 (verbreitet)
Reichweite: 0,42 (in Mio.)

Wenig Lust auf Inklusion Rangsdorf befürchtet immense Kosten

Von Gudrun Schneck

RANGSDORF Das Land sieht in der Abschaffung der Förderschulen offenbar ein Riesen-Sparpotenzial, mutmaßt Jan Mühlmann-Skupien (FDP). Ratlos und auch ein wenig verbittert diskutierte der Rangsdorfer Sozialausschuss kürzlich über das Thema Inklusion. Gemeint ist damit das Ziel der Landesregierung, eine sogenannte Schule für alle zu schaffen. Alle Schüler sollen ungeachtet ihrer geistigen und körperlichen Voraussetzungen gemeinsam lernen.

Ab 2015 müssen die Grundschulen definitiv inklusiv arbeiten. Ab nächstes Jahr soll das an Pilotschulen getestet werden, informierte Ramona Schuster, Leiterin der Grundschule Groß Machnow. Schon jetzt würden an ihrer Schule

vermehrt Kinder mit sozial-emotionalen Störungen eingeschult. Die eine Sonderpädagogin für die Grundschulen Rangsdorf und Groß Machnow reiche kaum aus.

Auf die Gemeinde sieht die Schulleiterin immense Kosten zukommen. Werden behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet, dürften nicht mehr als 25 Schüler in einer Klasse sitzen was dennoch viel sei. Ab 26 Kinder müssten die Klassen geteilt werden aber woher sollen wir die Räume nehmen?, fragte die Schulleiterin. Ines Knopke, stellvertretende Schulleiterin der Grundschule Rangsdorf, ergänzte: Außerdem brauchen sozial-emotional gestörte Kinder auch einen Raum, wo sie sich mal sammeln können.

Große Probleme für eine inklusive Beschulung sieht Peter Wetzel (Die Linke) in der fehlenden Barrierefreiheit der Grundschule Groß Machnow. Viele Räume des denkmalgeschützten Gebäudes sind nur über Treppen erreichbar. Jan Mühlmann-Skupien schlussfolgerte: Eigentlich bleibt nichts anderes übrig, als Ausschau nach einem weiteren Schulstandort zu halten. Wir müssen uns ja räumlich wappnen.

Der Ärger über die Unausgegorenheit der Landesvorgaben ist groß. Bürgermeister Klaus Roher (FDP): Inklusion funktioniert nur, wenn man richtig Geld in die Hand nimmt diese Aufgabe darf das Land nicht einfach auf die Kommunen abwälzen.

Wörter: 272

Seite: BRANDENBURG1
Ressort: MAZ/MANTEL/AKT_SEITEN

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 150.060 (gedruckt) 136.147 (verkauft)
137.196 (verbreitet)

Rubrik: Mantel
Ausgabe: Märkische Allgemeine | Mantelteil aller Ausgaben

Reichweite: 0,42 (in Mio.)

Pilot mit Startschwierigkeiten Behinderte und Nichtbehinderte sollen gemeinsam lernen wie viele Schulen mitmachen, ist noch unklar

Brandenburgs große Bildungsreform hat einen schweren Start: Nach dem Städtebund warnt nun auch die Gewerkschaft GEW Schulen davor, Inklusion auszuprobieren.

Von Marion Kaufmann

POTSDAM Fast liest es sich wie eine Reisewarnung des auswärtigen Amtes: Die GEW Brandenburg empfiehlt den Lehrern in den Schulen, sehr gründlich über die Teilnahme an dem Modellvorhaben des MBJS zu beraten und zurzeit keine zustimmenden Entscheidungen zu treffen. Das Projekt, vor dem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf ihrer Internetseite warnt, soll ab 2012/13 landesweit an den Start gehen: Pilotschulen sollen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichten.

Die GEW tritt für ein inklusives Bildungssystem in Brandenburg ein, betont Landeschef Günther Fuchs. Trotzdem legt er den Schulen nahe, die Finger von dem Vorhaben zu lassen. Der Grund: Die Reise ist aus seiner Sicht nicht gut vorbereitet, der Proviant nicht ausreichend für so eine gewagte Expedition.

Für fünf Prozent ihrer Schüler sollen die Pilotschulen zusätzlich 3,5 Lehrer-

wochenstunden pro Schüler zugestanden bekommen. Das, moniert Fuchs, sei viel zu niedrig angesetzt, um jedem Kind gerecht werden zu können. Aus seiner Sicht müssen für mindestens 7 Prozent der Gesamtschülerzahl mindestens 4,5 Stunden draufgepackt werden. Zudem vermisst er die Zusage, dass künftig alle Schulen besser ausgestattet und die Klassenfrequenzen heruntergefahren werden. Denn ab dem Schuljahr 2015/16 will Bildungsministerin Martina Münch (SPD) die Schule für alle schrittweise in ganz Brandenburg etablieren. In Erinnerung an frühere Modellvorhaben im Land schwant Fuchs nichts Gutes: Was als Pilotprojekt startet, landet meist als Bettvorleger. Für den Start der Pilotschulen stellt das Land in diesem Jahr zusätzlich mehr als drei Millionen Euro zur Verfügung. Wie Inklusion dauerhaft finanziert werden soll, ist offen.

Vor einer Woche hatte bereits der Städte- und Gemeindebund den Schulen nahegelegt, nicht in die Pilotphase einzusteigen. Aus Sicht der Kommunen droht dem Vorhaben eine Bruchlandung, weil viele Lehrer mit der Aufgabe überfordert seien, lernschwache oder verhaltensauffällige Kinder zu inte-

grieren.

Im Bildungsministerium reagiert man mit Unverständnis auf die massive Kritik, schließlich sei Inklusion in Brandenburg kein gänzlich unbekanntes Terrain. Bereits jetzt lernt fast jeder zweite Schüler mit Förderbedarf an einer Regelschule, viele Schulen haben bereits Erfahrungen mit inklusiver Bildung gesammelt, so Ministerin Münch. Die Pilotschulen sollen die bisherigen Erkenntnisse vertiefen. Wir sehen darin eine Chance und keine Gefahr, sagte Ministeriumssprecher Stephan Breiding. Wer nicht mitmacht, vergibt die Möglichkeit, mitzureden, wie man es besser machen kann.

Ob die Warnungen das Projekt torpedieren und nun Bewerbungen ausbleiben, will man im Ministerium nicht sagen. Noch bis Februar können sich Schulen anmelden, erst dann will das Ressort Zahlen nennen. Maximal 90 Grundschulen sollen Piloten werden können. Das Mindestziel nimmt sich bescheidener aus: In jedem Landkreis soll sich wenigstens eine wagemutige Schule finden.

Wörter: 437

Seite: ZOS3
Ressort: MAZ/LR_ZOSSEN/AKT_SEITEN
Rubrik: Zossener Rundschau
Ausgabe: Zossener Rundschau

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 150.060 (gedruckt) 136.147 (verkauft)
137.196 (verbreitet)
Reichweite: 0,42 (in Mio.)

Viele Ängste, viele Fragen Im Kreis Teltow-Fläming bewerben sich drei Schulen für das Pilotprojekt Inklusion

Ein Fremdwort macht derzeit die Runde: Inklusion. Was das für den Bereich der Bildung im Land Brandenburg bedeutet, darüber verständigte man sich jetzt in Blankenfelde.

Von Heino Mass

BLANKENFELDE Im Bereich der Bildung wird der Begriff Inklusion verwendet für ein neues Programm, das von der UN-Behindertenrechtskonvention zum gemeinsamen Lernen von Behinderten und Nichtbehinderten auf den Weg gebracht wurde. Dabei hat Deutschland Nachholbedarf auch das Land Brandenburg nimmt sich jetzt dieses Themas an.

Seitdem sich das Bildungsministerium in Potsdam mit ersten Plänen dazu äußerte, wird überall darüber diskutiert. Die Förderschulen für schwer Lernende sollen in den allgemeinen Schulen aufgehen, und zwar in den nächsten Jahren. Insofern spielt das Vorhaben bei den Schulentwicklungsplänen eine zentrale Rolle. Und es wird unter Eltern, Schülern und Lehrern diskutiert, denn zu viele Fragen sind noch völlig offen.

Am Mittwochabend lud der SPD-Ortsverband Blankenfelde-Mahlow in die Grüne Passage nach Blankenfelde zur Diskussion ein. Er hatte sich kompetente Leute ins Podium geholt. So Petra Brückner, Leiterin einer Integrationskita in Königs Wusterhausen und Mit-

glied am Runden Tisch für Inklusion sowie Vorsitzende des Bildungsausschusses in Großbeeren. Daneben saßen Wolfgang Dannebaum aus Blankenfelde vom Vorstand des Vereins Fairmade Plus, der den Verkauf und die Vermarktung von Produkten und Leistungen unterstützt, die einen Wertschöpfungsanteil von 15 Prozent durch Einbeziehung benachteiligter Menschen erreicht. Mit dabei waren auch Dietlind Biesterfeld und Matthias Knake vom Vorstand des SPD-Ortsverbandes. Abgesagt hatten eingeladene Vertreter der Förderschule Mahlow, des Schulamtes sowie des Bildungsministeriums.

Inklusion bedeutet: Alle Kinder lernen gemeinsam in einer Schule. Alle Kinder haben gleiche Chancen auf Bildung. Individuelle Fähigkeiten können sich voll entfalten. Diskriminierung und Beeinträchtigung von Fähigkeiten und Begabungen sind ausgeschlossen. Das ist das Ziel der UN-Konvention, die seit dem 19. Dezember 2008 in Deutschland gilt und im November 2009 von der Landesregierung im Koalitionsvertrag verankert wurde.

Im Kreis Teltow-Fläming haben sich bislang drei Schulen für das Pilotprojekt beworben, informierte gestern auf Nachfrage Schulrat Erich Bause vom Staatlichen Schulamt Wünsdorf. Unsere Otfried Preußler-Oberschule ist mit

dabei, ergänzte Carl Ahlgrimm, Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren. Der Hauptausschuss hatte am Mittwochaabend mehrheitlich eine Bewerbung beim Land befürwortet.

Die Probleme liegen in den Details, das wurde bei der Diskussion in Blankenfelde schnell klar. Es geht um die Ängste der Eltern von nicht-behinderten Kindern, es geht vor allem um Finanzen, um bauliche Ausstattungen, um Fortbildung der Lehrkräfte, um neue Lehrkräfte.

Einige Mütter mahnten an, die Inklusion bereits in den Kindergärten durchzuführen. Kita-Kinder, die mit behinderten Gleichaltrigen spielen, werden sie später in der Grundschule nicht hänseln, sondern ganz normal mit ihnen weiter spielen, meinten sie.

Die anwesenden Lehrer forderten die Einbeziehung der Inklusion als Bestandteil des Studiums. Die Ausbildung der Erzieher und Lehrer muss komplett umgekrempelt werden, waren sie sich einig.

Als Fazit der Diskussion betonte Petra Brückner: Die Schule muss fähig sein, jedes Kind aufzunehmen. Bislang heißt es: Die Kinder müssen für die Schule fähig sein. Diese Sichtweise muss sich ändern!

Wörter: 473